

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt

FÖDERALISMUS IM AUFWIND?

Einer der grossen intellektuellen Anwälte für die föderalistische Staatsidee auch in der Gesellschaft der Zukunft, Denis de Rougemont, hat in der «Tribune de Genève» Eindrücke von einer Reise durch das «neue» Frankreich Mitterrands wiedergegeben, die vor allem im Zeichen des Dezentralisierungsprogramms der sozialistischen Regierung stehen. De Rougemont ist der Meinung, die neue Regierungsequipe sei von echten Föderalisten dominiert, im Gegensatz etwa zum Zentralisten Giscard d'Estaing und der ganzen bisherigen Tradition, die seit den grossen Königen konsequent auf eine straffe zentrale Führung von Paris aus getrimmt gewesen war. Der Chefredaktor des Blattes zog denn auch Bilanz aus dem Gespräch mit dem Westschweizer Philosophen und Schriftsteller, indem er die «Föderalisierung Frankreichs» als eine «glorreiche Stunde für Denis de Rougemont» bezeichnete.

Nun ist die gegenwärtige Föderalismus-Diskussion in unserem westlichen Nachbarland keineswegs eine einmalige staatspolitische Erleuchtung der französischen Sozialisten von 1981. Selbst de Gaulle war nicht entgangen, dass die allzu ausgeprägte Zentrierung der politischen (und geistigen) Leitungsfunktionen auf die Hauptstadt mit wesentlichen Nachteilen verbunden sei. Vor allem aber überrascht es etwas, dass ein Denker vom Formate de Rougemonts zwar registriert, dass auch die *neuen* Machthaber lieber den

«in Frankreich besser verständlichen Begriff der Dezentralisierung» als jenen des Föderalismus verwenden, dass ihm aber der *qualitative* Unterschied, der in dieser scheinbar verbalen Differenz liegt – und gerade in Frankreich in der Vergangenheit wie heute mit Händen zu greifen ist –, entgangen zu sein scheint.

Sicherlich wird man auch dem Regime Mitterrand die übliche Karenzfrist für neue Machthaber zugestehen müssen, bis ein gültiges Urteil über seine politisch realen Konzeptionen möglich und fällig ist. Doch fällt es schwer, ausgerechnet auf eine föderalistische Renaissance im eigentlichen Sinne zu hoffen, und zwar ausgerechnet in einem Zeitpunkt, da ein zentrales Feld menschlicher Entfaltungsmöglichkeit, wie sie der echte Föderalismus ja in erster Linie zum Ziele hat, ganz massiven staatlich-zentralistischen Zugriffen ausgesetzt wird: die französische Wirtschaft. Im übrigen lassen sich auch autoritär-dirigistische Verwaltungsstrukturen «dezentralisieren», das heisst regionalisieren, ohne dass sich an der politischen Lebensqualität auch nur das geringste ändern würde. Dass aber das neue Regime in Frankreich seinem ganzen Geiste nach dirigistisch angelegt ist, liegt doch wohl nur zu deutlich vor aller Augen.

So bleibt zu befürchten, dass dem westschweizerischen Altmeister der Föderalismus-Theorie eine weitere Enttäuschung bevorsteht. Jedenfalls dürften für die gegenwärtigen schwei-

zerischen Debatten über föderalistische Probleme wie Aufgabenteilungen oder interkantonale Koordinationen kaum neue Impulse von den französischen Entwicklungen abfallen, wie es einzelne welsche Politiker und Publizisten im Bestreben wahrhaben wollen, die Schweiz am «französischen Wesen» genesen zu lassen. Dabei wären solche Impulse hierzulande keineswegs unwillkommen.

Zwar wurden die positiven Elemente in unserem Staatsaufbau zum Beispiel an den heurigen Bundesfeiern weiterum mit besonderem Nachdruck herausgestrichen – sozusagen als indirekte Gegendemonstration zu dem, was rund um die «Jugendunruhen» alles an «Staatsverdrossenheit» diskutiert und teils auch zelebriert worden ist. Dabei fehlte es auch nicht

an den gebührenden Verneigungen vor dem Föderalismus als einem Garanten für die Staatsform der engagierten Bürger. Doch wenn diese engagierten Bürger und vor allem deren Behörden vor konkreten Problemen und entsprechenden Lösungsversuchen stehen, dann werden die Verneigungen sehr rasch knapper oder verwandeln sich gar – wie bei der Schulkoordination oder bei Aufgabenneuverteilungen, die etwas kosten könnten – in deutliche Gesten der «Verweigerung». Alles in allem also: Der vielzitierte föderalistische Aufwind dürfte weiterhin ein sanftes Säuseln bleiben, sobald es um konkrete Entscheidungen mit Konsequenzen für die Strukturen oder auch nur die politischen Gewohnheiten geht.

Richard Reich

UNBEWÄLTIGTER STABILITÄTAUFRAG

Die Schweiz nimmt im wirtschaftlichen Spektrum der Industriestaaten, nicht zu Unrecht, eine Sonderstellung ein. Die Grunddaten, an denen sich die Wirtschaftslage und die Perspektiven ablesen lassen, heben sich, alles in allem genommen, vorteilhaft von jenen ab, die in andern Ländern zu beobachten sind. Diese Aussage ist allerdings in einem doppelten Sinne zu nuancieren: die öffentlichen Haushalte, allen voran natürlich der Bundeshaushalt, leiden unter dem Stress einer strukturell bedingten Überforderung; und sodann – zweitens – hat die *monetäre Instabilität*, die Inflation, wieder ganz erheblich an Virulenz gewonnen. Von einer Musterknabenrolle kann in diesem Bereich nicht mehr ge-

sprochen werden. Ein Inflationsniveau von über 6 % ist schliesslich keine Kleinigkeit – und wirtschaftlich auch keineswegs harmlos.

Auffallend und beunruhigend zugleich ist nur der schlichte Tatbestand, dass der Tanz auf der Inflationsspirale, der wieder in einem beschleunigten Rhythmus aufgeführt wird, bisher nur bescheidene wirtschaftspolitische Reaktionen ausgelöst hat. Wenn vom rhetorischen Feuerwerk jener Kreise abgesehen wird, die das Heil in einem neuen Preisüberwacher glauben erkennen zu können, zeigen sich die wirtschaftspolitischen Akteure im allgemeinen wenig besorgt. Natürlich hat auch die Notenbank Stirnrunzeln bekundet und in der Geldmengenpolitik

Anpassungen vorgenommen. Aber von einem eigentlichen Stimmungswandel, von einer erhöhten wirtschaftspolitischen Alarmstufe, von der Suche nach einer geeigneten Therapie, ist wenig zu spüren.

Dieser Sachverhalt ist eigentlich erstaunlich. Deutet er auf eine wiedererwachte *Inflationsmentalität* hin, die in den vergangenen Jahren überwunden schien? Er bestätigt jedenfalls die Erfahrung, dass der Inflationspegel, der eine die Wirtschaftspolitik aufrüttelnde «Unruhe» zu induzieren vermag, im Laufe der Zeit ganz erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Anfangs der sechziger Jahre wurde die Notbremse gezogen, als sich der Konsumentenpreisindex gegen die als unerhört empfundene Grenze von

3,5 % bewegte. Zu Beginn der siebziger Jahre brauchte es eine angenähert zweistellige Inflationsrate, um die Träger der Konjunkturpolitik in Trab zu versetzen. Und 6 % genügen heute offensichtlich noch nicht, um eine breite Diskussion in Schwung zu bringen, obwohl im neuen Konjunkturartikel der Bundesverfassung, über den das Schweizer Volk vor noch nicht allzulanger Zeit abgestimmt hat, der *Stabilitätsauftrag* eindeutig und unmissverständlich formuliert worden ist. Diese eher lendenlahme wirtschaftspolitische Haltung hat selbstverständlich ihre Kosten, nicht zuletzt auf der Seite der öffentlichen Haushalte, deren Rückführung in ein höheres Gleichgewicht dadurch nicht leichter wird.

Willy Linder



Friedrich Steinfels AG, 8023 Zürich